



# Kampf dem sexistischen und rassistischen Normalzustand!

## Weg mit dem Frauen-Abschiebeknast in Neuss!

In Neuss befindet sich seit 1993 der bundesweit einzige Frauen-Abschiebeknast. Momentan sind ca. 80 Frauen dort inhaftiert. Weitere Frauen sitzen als Abschiebehäftlinge in „normalen“ Gefängnissen. Sie kommen aus Afrika, Südamerika, Asien, Ex-Jugoslawien und Osteuropa. Viele Frauen werden zwangsweise als Opfer von Menschenhandel oder mit falschen Versprechungen hierher gebracht. Andere Frauen fliehen vor sexualisierter Gewalt, (politischer) Unterdrückung, Verfolgung aufgrund ihrer Sexualität, Krieg, Armut und Umweltzerstörung. Illegalisiert, d.h. ohne Aufenthaltsgenehmigung, werden diese Frauen gezwungen in Prostitution, Privathaushalten oder als Hilfsarbeiterinnen in der Gastronomie zu arbeiten. Durch Kontrollen, Razzien und Denunzierungen werden die Frauen aufgegriffen und inhaftiert. Ignoriert wird da-

bei der Erlass, nachdem Frauen als Opfer von Menschenhandel nicht in Abschiebehäft genommen werden dürfen. Möglichkeiten, einen legalen Status zu erlangen sind die Ehe oder die Stellung eines Asylantrages. Kommt es in der Ehe innerhalb der ersten zwei Jahre zur Trennung, verfällt dieser Status. Bei Ablehnung des Asylantrages bleiben nur zwei Wochen Zeit um Einspruch zu erheben. Wird diese Frist überschritten und die Ausreise nicht wahrgenommen bzw. besteht vorher der Verdacht auf Nicht-Wahrnehmung der Ausreise, droht Abschiebehäft.

Rechtlos, meist ohne ausreichende Sprachkenntnisse, in Angst und Ungewissheit lebend, sind sie der Willkür ihrer Arbeitgeber, Zuhälter, Ehemänner, HaftrichterInnen und der Ausländerbehörden ausgeliefert.

### Zu der Situation in Neuss:

Die Frauen leben zu zweit, zu viert oder zu sechst in sehr kleinen Zellen. Diese sind vormittags und nachmittags nur für wenige Stunden geöffnet. Auch die Toiletten befinden sich in den Zellen. Die Besuchszeiten sind extrem eingeschränkt. So dürfen sie nur einmal pro Woche für eine Stunde von maximal drei Personen besucht werden, was zusätzlich noch dadurch erschwert wird, dass dies nur während der Woche zu den gängigen Arbeitszeiten möglich ist. An Wochenenden und Feiertagen sind Besuche untersagt. Unter den inhaftierten Frauen befinden sich auch Schwangere und Minderjährige. Traumatisierte oder drogenabhängige Frauen bekommen keine ihnen gerechte Behandlung, oft wird ihnen Simulation unterstellt.

Unterstützung erhalten die Frauen durch ehrenamtliche Betreuerinnen und Sozialarbeiterinnen, die Gruppenangebote organisieren, Aufklärung über ihre Rechte leisten und Hilfe beim Übersetzen und Telefonieren geben.

Für die Frauen ist ihre Inhaftierung nur schwer verständlich. Ihre Situation ist durch Isolation, Ungewissheit, Perspektivlosigkeit, die massive Einschränkung ihrer Bedürfnisse und die drohende Abschiebung unerträglich.

Die Abschiebehäft wird nicht auf inkriminierten individuellen Verhalten der Festgenommenen hin, sondern aufgrund staatspolitischer Ziele der Abschreckung und Abschiebungen angeordnet. Es ist der Staat, der das Aufenthaltsrecht der „Unerwünschten“ negiert, entzieht oder verweigert, der durch die restriktive Visa- und Asylpolitik vielen die legale Einreise verunmöglicht und Menschen zu „Illegalen“ macht.

Der Frauen-Abschiebeknast ist trotz seiner Einzigartigkeit kein Einzelphänomen. Vielmehr ist er Teil eines komplexen Abschiebesystems sowie der Ausdruck alltäglicher sexistischer und rassistischer Unterdrückungsverhältnisse in der Gesellschaft.

Dass eine Anerkennung frauenspezifischer Fluchtgründe als Asylgrund in der BRD bislang kein Gehör fand, lässt sich auf den sexistischen, von patriarchalen Herrschaftsmustern geprägten Normalzustand zurückführen. Dieser Normalzustand äußert sich hier für diese Frauen in direkter und struktureller Form durch sexuelle Belästigung, Schikane und Demütigung auf Ämtern, bei Polizei und in Justiz, in Abhängigkeits- und Ausbeutungsverhältnissen zu ihren Arbeitgebern, Zuhältern und Ehemännern.

Weltweit werden unentgeltlich 2/3 der gesellschaftlich notwendigen Arbeit, Reproduktionsarbeit, von Frauen geleistet, vielen ist der Zugang zu Bildung versperrt, ein freies und selbstbestimmtes Leben wird ihnen unmöglich gemacht.

Die vermeintliche Gleichberechtigung der Frauen hier, welche es diesen ermöglicht sich neben den reproduktiven Hausarbeiten nun auch in der wertschaffenden Arbeit ausbeuten zu lassen, führte mitnichten zu deren Befreiung von männlichen Dominanzstrukturen.



„Nicht-deutsch“ konstruierte Menschen, sog. AusländerInnen, sehen sich mit einer ganzen Reihe von Repressionsmechanismen konfrontiert.

Der rassistische Normalzustand bedeutet für diese Menschen stundenlange Aufenthalte bei den Behörden, rassi-

stische Ausweiskontrollen und Leibesvisiten. Im Rahmen der „Residenzpflicht“ ist es Menschen ohne anerkannten Asylantrag verboten, sich außerhalb des ihnen zugeschriebenen Landkreises zu bewegen.

Die seit 1998 eingeführten Modellprojekte für sog. Ausreisezentren, die mit dem kommenden Zuwanderungsgesetz gängige Praxis werden sollen, dienen dazu, Menschen mit abgelehntem Asylantrag, die aufgrund fehlender Papiere nicht abgeschoben werden können, einzulagern. Ziel dieser Einrichtungen ist es, diese Menschen solange psychisch unter Druck zu setzen bis sie sich zu einer „freiwilligen Ausreise“ bereit erklären und gleichzeitig möglichst viele Informationen der Personen zu sammeln, bis deren „nationale Identität“ festgestellt wird und sie so abgeschoben werden können.

Ein weiterer Punkt der rassistischen Ausgrenzung ist die Sondererfassung der persönlichen Daten sog. AusländerInnen im Ausländerzentralregister beim Bundesverwaltungsamt in Köln. Dieses Register ist mit allen bedeutenden Ämtern wie z.B. Ausländerbehörden, Sozialämtern, BKA, BGS, Zoll, Justiz, Arbeitsämtern sowie Geheimdiensten vernetzt. Seine Aufgabe besteht im Sammeln und Registrieren aller relevanten Daten einer Person, welche dann von den einzelnen Behörden je nach Bedarf abgerufen werden können. Es erfüllt auch eine tragende Funktion bei der Rasterfahndung, da eine Selektion nach bestimmten Merkmalen schnell und unkompliziert durchgeführt werden kann. Ein solches Register gibt es für StaatsbürgerInnen der BRD bislang nicht. Dies würde klar gegen das Datenschutzgesetz verstoßen.

All diese menschenverachtenden Unterdrückungsmechanismen werden von den Asyl- und Ausländergesetzen legitimiert und geregelt.

Dahinter stehen primär zwei Dynamiken – ein von der breiten Bevölkerung getragener völkischer Rassismus auf der einen Seite, sowie der Verwertungsrassismus der Neuen Mitte. Nicht erst seit dem 11. September 2001 durchzieht eine tiefgehende Paranoia vor allem



was als fremd gesehen wird die breiten Massen des deutschen Mobs. So gehören eine selbstverständliche, völkisch-rassistisch geprägte, Fremdenfeindlichkeit, sowie die chauvinistische Überbewertung der eigenen Kultur inklusive ihrer barbarischen Vergangenheit zum deutschen Bewusstsein. Wer das Recht haben will in Deutschland zu leben, muss sich in die Kultur der Bier-trinkenden, Bockwurst essenden Rasenpfleger assimilieren. „Leitkultur“ heißt dies dann euphemistisch im Feuilleton. Und selbst dann wird es schwer sich trotz der rassistischen Selektionsprozesse in das gesellschaftliche Leben zu integrieren.

Ein neuerer Trend zeichnet sich in der Selektion von Einreisenden nach ökonomischen Merkmalen ab. Mit einer vollständigen Ignoranz gegenüber der Verantwortung der Verbrechen der Kolonialisierung und den damit verbundenen ökonomischen sowie ökologischen Katastrophen wird im Rahmen des kapitalistischen Prozesses eine rigorose Abschottungspolitik betrieben. In Anbetracht des irrationalen gesellschaftlichen Wertschöpfungswahns und der permanenten ökonomischen Krise dürfen nur noch jene einwandern, die sich wirtschaftlich verwerten lassen. So muss eine Kritik der rassistischen Politik in Deutschland auch stets eine solche an der kapitalistischen Produktionsweise sowie der Nationalstaatlichkeit an sich, die diese Verhältnisse schützt und aufrecht erhält, beinhalten.

**Weg mit dem Frauenabschiebeknast in Neuss - Weg mit allen Abschiebeknasten !**

**Stoppt Abschiebungen, Bleiberecht für alle!**

**Grenzen auf, Staaten weg**

**! Kampf dem Kapitalismus ! Kampf dem Patriarchat !**

**Demo am Samstag den 30.11.**

**Treffpunkt 13:20 Uhr am Bahnhof/Köln (Infopoint Domausgang)**

**Treffen Frauen/Lesbenblock 13:30Uhr am Bahnhof in Neuss,**

**food not bombs koeln**

**c/o Infoladen**

**Ludolph-Camphausen-Str. 36 ☒ 50672 Köln**

**fnb-koeln@infoladen.net ☒ <http://www.infoladen.net/koeln/fnb>**

V.i.S.d.P.: Pit Schnass, Venloer Str. 376, 50893 Köln

